

Dies verbreitetste unparteiische Zeitung erscheint wöchentlich zweimal (mit Ausnahme des nächsten Tages) und liefert mit den fünf wöchentlichen Beiblättern:

Neue Postzeitung,
Sächsischer Erzähler,
Gerichts-Zeitung,
Sächsischer Märchen,
Illustrirtes Unterhaltungsblatt,
bei den Postämtern und bei den Buchhändlern monatlich 40 Pfennige, Postfrei: 1. Rathweg Nr. 2877.

General-Anzeiger

für Chemnitz und Umgegend.

(Sächsischer Landes-Anzeiger). — Gegründet 1873 als „Anzeiger“ etc.
Verlag und Rotationsmaschinen-Druck von Wiegand, Tiedke in Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.

Inseraten-Preis: Die gegenüberliegende Seite über dem Raum 20 Sp. (Preisverhältnis 4. Seite 25 Sp.) — Der vorzugsweise (Reklamé-Beilage) 60 Sp. Bei vorübergehenden Anzeigen, größeren Inseraten, einschließlich der Anzeigen für die Nachmittags erscheinende Nummer können nur bis Sonntag 10 Uhr angenommen werden.

Beiliegende Anzeiger-Inserate finden für billigen Preis zugleich Verbreitung durch die täglich erscheinende Chemnitz Eisenbahn-Zeitung.

Stotzenvermehrung und direkte Reichsteuern.

Man schreibt uns:
Es ist charakteristisch für die gewaltig gestiegene Popularität der heutigen Stotte, daß selbst solche Blätter, die früher jeder Vermehrung einen entschiedenen Widerstand entgegensetzten, jetzt kaum noch den Gedanken der Vermehrung ablehnen, sondern nur Sorge darum tragen, auf welche Weise die erforderlichen Ausgaben gedeckt werden sollen. So verlangt beispielsweise die „Postzeitung“, daß wenn der Stotzenplan Erfolg werden sollte, nicht die Halle und Verbrauchsteuern jenseitig erhöht werden dürften, sondern daß der Reichstag in Verbindung mit der Regierung eine Reichsvermögenssteuer einführen sollte. Diese Steuer soll bei einem Vermögen von mehr als 100,000 Mk. beginnen und für 100,000 Mk. 50 Mk., für je weitere 20,000 Mk. 10 Mk. jährlich betragen. Welche dieser Satz zur Deckung der Mehrkosten nicht aus, so müßte eine Erhöhung eintreten.

Man braucht keineswegs dem Gedanken direkter Reichsteuern für die Zwecke der Stotte feindselig gegenüberzutreten, und man wird doch finden müssen, daß der von dem erwähnten Blatte vorgeschlagene Modus mechanisch ist, und darum leicht ungerecht wirken kann. Gerecht, es hat sich ein Kaufmann in mühsamer Arbeit und durch unangenehme Spesen von seinem Einkommen ein Vermögen von 100,000 Mk. erworben und muß sich, weil ihm die Arbeitskraft verloren geht, zur Ruhe setzen. Er wird dann auf ein jährliches Einkommen von etwa 4000 Mk. angewiesen sein, das schon jetzt durch die Einkommensteuer und die sogenannte Erhaltungsteuer, sowie durch die Kommunalsteuer und die Kirchensteuer nicht unerheblich geschmälert wird. Für einen solchen Mann würde ein weiterer Abzug von 50 Mk. keineswegs unerheblich sein. Diefem Manne würde nun so Mancher gegenübersehen, der ein ungleich höheres Einkommen aus seiner Tätigkeit bezieht, aber, weil er gewohnt ist, auszugeben, was er einnimmt, ein Vermögen nicht sammelt. Wer also mit einem Einkommen von 100,000 Mk. aber noch mehr verknüpft in den Tag lebt, würde von der Vermögenssteuer frei sein, während derjenige, der sich nach mühsamer Arbeit und Entbehrungen ein großes Vermögen erworben hat, und dann nicht freiwillig, sondern durch Verhängnis zum Ruhestand gezwungen ist, in einem ungleich niedrigeren Einkommen leben muß.

Es soll die Vermögenssteuer an sich nicht verworfen werden, aber sie müßte in der Weise gehandhabt werden, daß die Vermögen bis zu 200,000 Mk. von der Steuer freibleiben müßten, wofür der Vermögensbesitzer lediglich auf die Einkünfte aus seinem Vermögen angewiesen ist und nicht außerdem noch durch seine Tätigkeit Einnahmen erzielt. Die dadurch bewirkte Minderung des Ertrags der Reichsvermögenssteuer würde reichlich weit gemacht werden, wenn man sich dazu entschließt, auch das Einkommen von 10,000 Mk. und darüber einer Besteuerung und zwar einer progressiven zu unterwerfen. Diese Reichssteuer müßte bei den ersten der Steuer unterworfenen Stufen bescheiden bemessen sein, die Progression aber könnte eine verhältnismäßig schärfere sein, als bei der preussischen Einkommensteuer.

Des Weiteren würden sich erhebliche Erträge aus einer Reichs-erbschaftsteuer erzielen lassen. Diese Steuer entspricht noch viel mehr der Billigkeit, als die Reichsvermögenssteuer und die Reichs-einkommensteuer. Denn wer sich selbst ein Vermögen erworben hat, oder wer durch seine Tätigkeit und seinen Fleiß ein erhebliches Einkommen erzielt, hat mehr Anspruch darauf, in seinem Fleiße, bezw. seinem Einkommen nicht gekürzt zu werden, als wer ohne sein Zutun in den Besitz einer erheblichen Erbschaft gelangt. Von dieser Erbschaftsteuer müßten die Personen getroffen werden, die einer landbesitzlichen Erbschaftsteuer nicht unterworfen sind, also auch die nächsten Verwandten des Erblassers. Da diese Steuer nur eine einmalige ist, so müßte sie verhältnismäßig betragsmäßig höher sein, als die Reichs-einkommensteuer, bezw. die Reichsvermögenssteuer. Sie könnte vielleicht bei 50,000 Mk. beginnen, bis zu 100,000 Mk. 1/3 Prozent betragen und von 100,000 Mk. ab allmählich steigend bis zum Höchstbetrage von 4 oder 5 Prozent. Selbstverständlich wäre diese Steuer zu ergänzen durch eine entsprechende Vermögenssteuer, bezw. eine Besteuerung der Schenkung unter Lebenden, denn sonst würde gerade bei dem Erbübergang auf die nächsten Verwandten die Steuer sehr leicht hinterzogen werden können.

Alle diese Steuern bieten gewiß manche technische Schwierigkeiten, aber diesen Nachteilen steht entgegen, daß sie unzweifelhaft zugleich populärer sein werden, als neue indirekte Steuern. Denn die angegebenen Steuern treffen mit Sicherheit nur die wohlhabenden Klassen, während neue indirekte Steuern immer auch die minderbemittelten Klassen treffen müßten, weil erfahrungsmäßig Steuern auf Bedürfnisse der wohlhabenderen Klassen niemals ausgiebig sind, sondern nur solche indirekte Steuern, die den Konsum treffen. Man kann nun freilich der Ansicht sein, daß Biersteuern und Tabaksteuern, auch wenn dadurch die breiten Massen getroffen werden, nicht unbillig seien, aber man wird nicht diese Steuern bei den breiten Massen populär machen. Und deshalb würde eine Regierung, die mit dem Bedachte, auf diese Weise die Mehrkosten herbeizubringen zu wollen, in den Wahlkampf zuge, einer empfindlichen Schlappe sicher hin können. Deshalb kann auch der Satz der Marine kein überer Dienst erwiesen werden, als durch die inneren Berechnungen atombeniger Verteidiger der Marineforderungen, daß die Aufbringung der Kosten ein Leichtes wäre, wenn jeder Deutsche im Jahre so und so viel Glas Bier trinken oder so und so viel Zigaretten rauchen wollte.

Der Krieg in Südafrika.

Während Hr. Chamberlain mit der mächtigen Stütze Englands prohle und kriegerische Drohungen gegen Frankreich ausließ, erschien im „Nineteenth Century“ ein Artikel, welcher hervorhob, wie der Südafrikanische Krieg die militärischen Hilfsquellen Groß-

britanniens auf das Neueste in Anspruch genommen hätte, und die Frage stellte, was wohl geschehen sein würde, wenn unvorhergesehene Schwierigkeiten es nötig gemacht hätten, eine andere Armee aufzubieten. Durch eine außerordentliche Anstrengung war es England möglich, eine große Armee nach Süd-Afrika zu senden, „aber“, sagt der Verfasser des Artikels, „der Krieg erschöpft unser für den außerordentlichen Dienst verfügbares Kontingent. Was zu Hause blieb, sind Leute mit Gewehren, einige Depot-Battalione, aus allem verfügbarem Material zusammengewürfelt, völlig ohne Transportmittel, Freiwillige ohne Stab, ohne Kavallerie, ohne Geschütze. Weite Strecken des Kolonialgebietes sind vom Feinde besetzt, britische Truppen an drei Punkten belagert, die britischen Verluste übersteigen bereits 3000 Mann, und der britische Vorrat an jeder Wunde wird hoffnungslos freigegeben. Wir brauchen mehr Truppen. Wie lange der Krieg dauern wird, kann Niemand sagen, daß seine Kosten ungeheuer sein werden, ist nicht länger zu bezweifeln. Selbst wenn wir den Sieg erringen, wird eine große Occupations-Armee notwendig sein. Es ist also klar, daß England für eine lange Zukunft alle Hände voll zu thun haben wird. Rothwendiger als je zuvor sind ihm freundliche Beziehungen zu jeder anderen Macht, und nie war fruchtbarer die Weisheit seinen Rivalen abhänger als in der gegenwärtigen Krise. Was die hochwichtigen Dinge wie Chamberlain betrifft, so hoffen wir, daß sie sich die entscheidende Zurückweisung, welche sie überall erfahren haben, merken werden.“

Während alle übrigen Korrespondenten ihrem Brautpaar-Styl treu bleiben und in ihren Depeschen aus Dordrecht täglich wiederholen, daß Alles zum Besten bestellt sei, bringt die zweite Ausgabe der „Times“ heute neuerlich eine pessimistische Depesche aus Dordrecht. Das ist nun schon die dritte ihrer Art binnen wenigen Tagen, und da sie die Zensur passiert haben muß, so beginnt man sich zu fragen, was das bedeuten solle, ob man vielleicht das Publikum auf Unvollständigkeiten vorbereiten wolle. Die Depesche ist vom 8. d. datiert und besagt: Die Lage wird täglich schwieriger, das Bombardement wird immer heftiger und richtet großen Schaden an. Die Buren respektieren nicht die Grenze der Provinz. Von der britischen Artillerie sind in der Nähe von Kintore zwei Geschütze zerstört worden. Die Kaffern sind nun durchweg rebelliert. Die Zuversicht, welche zu Anfang der Belagerung vorherrschte, beginnt einer gedrückten Stimmung zu weichen.

„Reuter's Bureau“ meldet aus Victoria vom 6. Dezember: Hier ist die Nachricht eingegangen, daß heute früh 6 Uhr in der Nähe des Wadberstufes ein Gefecht begonnen habe. Eine „Times“-Druckmaschine vom Wadberstuf vom 2. Dezember besetzt der „Boff-Boj“ zufolge: Cronje wurde von 3000 Mann von Natal vertrieben. Zur Verteidigung von Spysfontein wurden große Vorbereitungen getroffen. Die Stellung sei zweifellos stark, aber wenn die Buren daraus vertrieben würden, hätten sie keine zweite Stellung. Der Feind ist unrettbar sehr stark. Das ganze Kaffring-Kommando sei zu den Streitkräften vor Kimberley geflohen (?). Eine Kontonbrücke werde über den Wadber gestlagen und Beschäftigten kommen an im britischen Lager, darunter die meisten Frauen.

Alles deutet darauf hin, daß entscheidende Ereignisse unmittelbar bevorstehen.
Aus Dordrecht meldet „Reuter's Bureau“ vom 5. Dezember: Ein Einwohner, der von Dordrecht hier angekommen ist, erzählt, daß die Buren beim Einzug in Dordrecht von der Wehrkraft der Einwohner mit offenen Armen empfangen wurden. Und das noch, bevor den Buren Dordrecht oder Kimberley oder Mafeking in die Hände gefallen ist! Die Rumine ist im Rollen und sie vergrößert sich zusehends in einer für Englands südafrikanische Suprematie höchst bedrohlicher Weise.

Heute gingen uns folgende Mitteilungen zu:
LONDON, 9. Dezember. Die letzten Meldungen aus dem Westen erregen hier ebenfalls die größte Beforgnis. Die Stellung Westens und seiner Truppen, der sich plötzlich im Rücken droht, ist sehr ernst, und militärische Kreise erwarten weitere Nachrichten mit ängstlicher Spannung.

LONDON, 9. Dezember. Aus dem Umstand, daß General Buller nach Pretoria gegangen ist, wird gefolgert, daß die Entscheidung nahe bevorsteht. Darum werden von der Zensur auch keine Meldungen durchgelassen über die Stellungen der belagernden Truppen, um die Pläne Bullers nicht bekannt werden zu lassen.

LONDON, 9. Dezember. Ein Burenkommando griff die Rückzugslinie nach Mafeking an; derselbe sandte unverzüglich Beschränkungen nach Süden. Das Resultat ist noch nicht bekannt, jedoch erklärt das Kriegsamt, daß kein Grund zur Besorgnis vorliegt.

LONDON, 9. Dezember. General Methuen's Korps wird hier mit den Beschränkungen auf 14,000 Mann gekürzt, auch hat er 30—40 Geschütze und Daddi-Granaten. Er ist daher zweifellos in bedeutender Uebermacht; doch wird der Widerstand ein erbitterter sein, da durch einen Sieg Methuens der Feindant bebrocht sein könnte.

MADRID, 9. Dezember. „Gerado“ veröffentlicht ein Telegramm aus Los Palomas: Ein deutscher Passagier, der sich mit vielen Flüchtlingen aus Natal zusammen am Bord des Dampfers „Hurgen“ befand, erklärte in einem Interview, die Buren hätten zahlreiche Waffen und Munition aus Deutschland erhalten. Die Wehrkraft der sich in Südafrika aufhaltenden Spanier wäre ins Unerwartete emporen, und auch manche von den Engländern ausgeübte Freiwildigkeit hätten sich ebenfalls den Buren angeschlossen, die in allen englischen Kolonien Spione hätten.

Politische Rundschau.

Chemnitz, 9. Dezember 1899.

Deutsches Reich.

— Auf dem Festkommerz und Anlaß des 50-jährigen Jubiläums der elektrischen Telegraphie wurde folgendes Telegramm an den Kaiser geschickt:
An Seine Majestät den Kaiser und Königin, Weidam. Eurer Kaiserlichen und Königlich Majestät huldigen frohen Jubel zum Feiertag des fünfzigjährigen Bestehens der Staats-Telegraphie teillich vereinte Reichs-Telegraphenbeamte unter dem Gelübde unwandelbarer Treue und unwandelbarem Gehorsam, v. Hobbiehl, Staatssekretär.
Auf dieses Telegramm ist dem Staatssekretär folgende Erwiderung zugegangen:
Dem Staatssekretär des Reichs-Postamt v. Hobbiehl, Excellenz. Seine Majestät der Kaiser und Königin haben über die treuen Wünsche der zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Staats-Telegraphie versammelten Reichs-Telegraphenbeamten sehr gefreut und lassen bestatigen. Seine Majestät wünschen der Telegraphie auch ferner eine den großen Anforderungen des Verkehrs Rechnung tragende Entwicklung und rechnen dabei auf die bewährte Mithilfe der sämtlichen Telegraphenbeamten. Auf allerhöchsten Befehl von L. v. Hobbiehl, Staatssekretär.

— Der Kreuzer „Deutschland“ mit dem Prinzen Heinrich an Bord tritt voraussichtlich Anfang Januar die Heimreise von Singapur an und kehrt über Colombo, Suez, Gibraltar und Portsmouth nach Kiel zurück, wo die Ankunft etwa am 10. März erfolgen soll.

— Das Bismarck-Denkmal vor dem Reichstagsgebäude soll am 1. April 1901 enthüllt werden.

Der „Berl. Corresp.“ zufolge erhielt das Gesetz, bez. die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Lehrer an den öffentlichen Volksschulen, am 4. d. M. die Allerhöchste Sanction.

— Zum Auflösungszeitpunkt in Bezug auf Versammlungen hat der vierte Senat des Oberverwaltungsgerichts eine feilsame Entscheidung getroffen. Ein Angehöriger der Westfälischen in Hannover, ein Herr Herrmann, hatte eine weltliche Volksversammlung einberufen, die von einem Weibchen ausgesetzt wurde, nachdem ein Richter die Auflösung angeordnet hatte. Die Versammlung wurde aufgelöst, die Teilnehmer wurden verurteilt, die Kosten der Verurteilung zu bezahlen. Das Verbot der Versammlung der Provinz Hannover von Preußen sei abgelehnt, so lange es nicht durch Handlungen beseitigt werde, namentlich als eine vorbereitende Handlung im Sinne der §§ 83—86 des Strafgesetzbuches zu erachten, und deshalb könne auch dieser Grund für die Berechtigung der Versammlungsaufhebung nicht anerkannt werden.

— Der Reichstag hat am 8. d. M. die Beschlüsse der Reichsversammlung in Hannover, die von einem Weibchen ausgesetzt wurde, nachdem ein Richter die Auflösung angeordnet hatte, abgelehnt. Die Reichsversammlung wurde aufgelöst, die Teilnehmer wurden verurteilt, die Kosten der Verurteilung zu bezahlen. Das Verbot der Versammlung der Provinz Hannover von Preußen sei abgelehnt, so lange es nicht durch Handlungen beseitigt werde, namentlich als eine vorbereitende Handlung im Sinne der §§ 83—86 des Strafgesetzbuches zu erachten, und deshalb könne auch dieser Grund für die Berechtigung der Versammlungsaufhebung nicht anerkannt werden.

— Der Reichstag hat am 8. d. M. die Beschlüsse der Reichsversammlung in Hannover, die von einem Weibchen ausgesetzt wurde, nachdem ein Richter die Auflösung angeordnet hatte, abgelehnt. Die Reichsversammlung wurde aufgelöst, die Teilnehmer wurden verurteilt, die Kosten der Verurteilung zu bezahlen. Das Verbot der Versammlung der Provinz Hannover von Preußen sei abgelehnt, so lange es nicht durch Handlungen beseitigt werde, namentlich als eine vorbereitende Handlung im Sinne der §§ 83—86 des Strafgesetzbuches zu erachten, und deshalb könne auch dieser Grund für die Berechtigung der Versammlungsaufhebung nicht anerkannt werden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Wie der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses, Dr. von Juchs, in einer Unterhaltung mit dem bemberger Berichterstatter des „Central.“ äußerte, hat die parlamentarische Lage infolge einer Aenderung erfahren, als die Abgeordneten bezüglich ihres weiteren Vorgehens beschließen haben, nur die Erledigung des Budgetprovisoriums mit allen Mitteln der Obstruktion zu bekämpfen, woraus sich ergab, daß sie die Erledigung des Antrags und des Ueberweisungsbeschlusses zulassen wollen. Die Abgeordneten sind eingeschüchtert durch die Drohung des mächtigen Polenklubmannes Jaworski, der, wie der Krakauer „Glas“ meldet, den Abgeordneten vorstellt, daß sie jahrelang auf die Erfüllung ihrer Forderungen warten könnten, wenn sie die Rechte durch Obstruktion erschlagen würden.

Italien. Trotz der regnerischen Wetter und des Abtrahens des Krates verband der Papst darauf, aufzustehen und gelebte gehen die Messe in der Privatkapelle.

Frankreich. Der Marineminister Douvre erklärte einem Mitarbeiter des „Globe“, Frankreich müsse 3 bis 400 Millionen für die Marine ausgeben und außerdem den Landheer Truppen entnehmen, um die Rüste zu decken. Die Franzosen müßten endlich begreifen, daß die Gefahr nicht mehr im Osten liege. Die totale Ausbreitung sei eine Lebensbedingung für die Welt (Europas). Es handle sich für Frankreich darum, seine Kolonien zu verteidigen.

— Wie dem „Figaro“ aus Konstantinopel berichtet wird, wird dort geglaubt, daß der Sultan durch die Orban-Verleumdung an den französischen Postkoffer bei der Fichte auch seine Befreiung darüber ausdrücken wolle, daß dieser in den großen industriellen Angelegenheiten der Türkei im Einvernehmen mit Deutschland vorgegangen sei.

Kaiser. Ueber die neueste Verfassungsgeschichte aus dem Bildhauer-Kreis, die bekanntlich mit der Verfassung von drei hohen Würdenträgern des Sultans endete, wird dem „Berl. Post.“ von seinem Konstantinopler Korrespondenten gemeldet: Die drei verhafteten Würdenträger Said Bey, Sinif Molah und Ferdi Bey befinden sich noch immer an Bord eines Mahfudschedampfers, der im Marmarameer bei Bursa kreuzt und als bisher unbekanntes Schiffe mehrere Besätze abwarten soll. Von mehreren Beschäftigten wurde in nichtoffizieller Weise zu Gunsten der drei Gefährten interveniert, da sich herausstellte, daß es sich um ein eigentliches Komplott gar nicht handelt. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Said Molah, ein hochgeleiteter Mann, war verurteilt mit einem mächtigen Würden-